

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas



21. TAGUNG

Straßburg, 18. – 20. Oktober 2011

Bürgerpartizipation in Europa auf kommunaler und regionaler Ebene

Entschließung 326 (2011)¹

1. Demonstrationen und Ereignisse in Europa und an seinen Grenzen in neuerer Zeit weisen auf ein wachsendes Bedürfnis der Bürger hin, Gehör bei ihren gewählten Politikern zu finden und die Möglichkeit zu haben, zwischen den Wahlen auf allen Ebenen Einfluss auf die Politik zu nehmen. Der Kongress ist der Überzeugung, dass eine verstärkte öffentliche Partizipation und direkte Mitwirkung an der kommunalen und regionalen Regierungsführung den Bürgern ein Gefühl der Ermächtigung und ein größeres Vertrauen in den demokratischen Prozess geben kann.
2. Für eine gute Regierungsführung auf kommunaler und regionaler Ebene ist es unerlässlich, dass die Bürger in der Lage sind, in direkten Kontakt mit den gewählten Vertretern zu treten und einen gewissen Einfluss auf die Ausübung der Befugnisse und Zuständigkeiten der Behörden zu nehmen. Dies ist die Ebene, auf der ihre unmittelbaren Sorgen Berücksichtigung finden. Die direkte Arbeit mit den Menschen auf Nachbarschaftsebene ist ein zentraler Punkt der Frage, wie kommunal und regional gewählte Vertreter agieren sollten.
3. Die repräsentative Demokratie ist der Schlüsselmechanismus, durch den die Bürger über das allgemeine Wahlrecht direkt Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen können. Die partizipatorische Demokratie ergänzt diesen Prozess und dient als Werkzeug, damit kommunale und regionale Vertreter die Aufgabe erfüllen können, für die sie gewählt wurden.
4. Die Bereitstellung klarer, umfassender und zugänglicher Informationen über die kommunale und regionale Politik stärkt die aktive Bürgerschaft und fördert ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und für die Bürgerpflicht, in einer demokratischen Gesellschaft zu dieser Gemeinschaft beizutragen.
5. Neuste Entwicklungen in einigen Staaten im Hinblick auf „offene Daten“ (Online-Veröffentlichungen von unbereinigten Regierungsinformationen) haben gezeigt, wie neue Informations- und Kommunikationstechnologien, zusammen mit einer Politik der Transparenz, direkten Einfluss auf die Partizipation und Dienste auf kommunaler und regionaler Ebene nehmen können. Anwendungen, wie z. B. „openly local“ und „SpotlightOnSpend“, filtern die Daten und ermöglichen die Entstehung von Smart Communities.

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 18. Oktober 2011, 1. Sitzung (siehe Dokument CG(21)3, Begründungstext)
Berichterstatlerin: M. Haak-Griffioen, Niederlande (R, EVP/CD).



6. Es ist unerlässlich, dass die Gemeinden und Regionen über eine aktive und effektive Kommunikationspolitik verfügen, um ihre Bevölkerung über deren Möglichkeiten zu informieren, am Leben der Gemeinde mitzuwirken. Insbesondere sollten sie sicherstellen, dass jene Bürgergruppen, die es im Hinblick auf eine Mitwirkung am öffentlichen Leben auf kommunaler Ebene am schwersten haben, angemessen unterrichtet werden, wobei gleichzeitig zu gewährleisten ist, dass die Mitwirkung ausgewogen ist und die Zusammensetzung ihrer Gemeinschaften widerspiegelt.

7. Damit die Partizipation der Bürger effektiv ist, bedarf es einer starken Zivilgesellschaft. Den Gemeinden und Regionen kommt bei der Entwicklung von Bürgernetzwerken und -verbänden eine äußerst wichtige Rolle zu, um den Menschen auf kommunaler Ebene zu ermöglichen, sich im Hinblick auf konkrete Bedürfnisse ihrer Gemeinschaft zu Gruppierungen zusammenzuschließen. Diese Gruppierungen und Organisationen sollten in einer strukturierten und ausgewogenen Weise konsultiert werden, um sicherzustellen, dass es keine ungebührliche Beeinflussung der Entscheidungen der kommunalen Stellen gibt.

8. Die Gemeinden und Regionen experimentieren mit neuen und unterschiedlichen Methoden, ihre Bürger zu einem Beitrag zur Regierungsführung in ihren Gemeinden anzuhalten. Es gibt keinen Universalansatz: sowohl kulturelle als auch kommunal-spezifische Faktoren können die Wirksamkeit der Partizipationsinitiativen beeinflussen.

9. Gute Beispiele für die Bürgerpartizipation in Europa sind vielgestaltig: Referenden, öffentliche Konsultationstreffen, Bürgerforen, Ausländerbeiräte, Bürgerinitiativen, Nachbarschaft- und Jugendbeiräte. Diese Initiativen sollten dort, wo es sie noch nicht gibt, entwickelt werden.

10. Durch die aktive Einbeziehung der Bürger können die gewählten Vertreter ihr Wissen erweitern und die Wählergemeinschaft als Quelle für Fachwissen nutzen. Die kommunale und regionale Politik und die Entscheidungsfindung könnten in Folge informierter, besser abgestimmt und klüger erfolgen. Die europäischen Bürger können eine Quelle für Innovation, Spezialkenntnisse, konstruktives Feedback und Motivation sein.

11. Es gibt immer mehr Beispiele für kommunale und regionale Gebietskörperschaften, die sich einer partizipatorischen Haushaltsführung bedienen, die sich in Zeiten erheblicher Haushaltskürzungen bei den Kommunen als probates Mittel erweisen können, die Bürger zu ermächtigen, indem man ihnen Finanzierungsentscheidungen gestattet, die sich auf ihren Alltag auswirken. Bei diesem Instrument, wie bei allen Instrumenten der direkten Demokratie, ist es wichtig, die Erwartungen im Hinblick auf den Einfluss der Partizipation auf das Ergebnis zu handhaben.

12. Diesbezüglich begrüßt der Kongress die Empfehlung (2009)² des Ministerkomitees über die Bewertung, Prüfung und Überwachung von Partizipation und Partizipationspolitik auf kommunaler und regionaler Ebene und das Diagnose-Tool CLEAR,² das von den kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften für die Bewertung und Verbesserung der Bürgerpartizipation und die Fokussierung ihrer Bemühungen für die Mitwirkung der Bürger an kommunalen Angelegenheiten einsetzen können.

13. Der Kongress:

a. bittet seinen Governance-Ausschuss, die folgenden Entwicklungen in der Bürgerpartizipation in Europa aufmerksam zu prüfen und, wenn dies in Zukunft erforderlich sein wollte, durch die Ausrichtung spezieller Treffen zu diesem Thema einen regelmäßigen Austausch im Hinblick auf innovative und erfolgreiche Praxisbeispiele unter den Mitgliedern zu ermöglichen;

b. erklärt seine Bereitschaft, mit dem Ministerkomitee in einen Dialog über die Nutzung und Bewertung der Bürgerpartizipation auf kommunaler und regionaler Ebene in den Mitgliedstaaten zu treten;

c. wird auch in Zukunft seine Untersuchung der Bürgerpartizipation in Zusammenarbeit mit Gruppen der Zivilgesellschaft fortführen, um sich deren Erwartungen anzuhören und um Ideen auszutauschen, wie man die Partizipation optimieren kann;

² Das CLEAR-Tool ist der Empfehlung CM/Rec(2009)2 des Ministerkomitees angehängt.

d. bittet das Ministerkomitee, auch weiterhin die Rechte der Bürger auf Partizipation bei der Durchführung kommunaler öffentlicher Angelegenheiten bei seiner Beurteilung der Einhaltung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung seitens der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen;

14. Der Kongress ruft die Gemeindeverbände in Europa auf, ihre Mitglieder bei der Förderung der Bürgerpartizipation in ihren Gemeinden zu unterstützen, insbesondere durch Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, und ihre Rolle als Multiplikatoren von Informationen zu nutzen und um beste Praktiken zu sammeln und auszutauschen.

15. Angesichts des Vorstehenden ruft der Kongress die Gemeinden und Regionen der Mitgliedstaaten des Europarats auf:

a. verstärkt „inoffizielle“ und „alternative“ Formen der Partizipation, z. B. Bürgerforen, und andere Formen zu nutzen, die sich als effektiv erwiesen haben;

b. die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für die elektronische Regierungsführung zu nutzen, um Smart Communities zu schaffen;

c. in den Mitgliedstaaten, in denen die bürgerliche Gesellschaft schwach ist, die Menschen in den Kommunen aufzurufen, sich in Gruppen und Verbänden zu mobilisieren, um in ihrem eigenen Namen zu handeln und sich durch institutionelle Abmachungen für konkrete Bedürfnisse in ihren Gemeinden einzusetzen;

d. konkrete Projekte zu identifizieren, z. B. die Entwicklung von Gemeindezentren und anderen Gemeindevorrichtungen, in denen die direkte Mitwirkung durch Freiwilligen- und Anwohnergruppen getestet werden kann;

e. wo dies möglich ist, die Annahme und Nachverfolgung dieser Formen der Partizipation zu stärken, z. B. durch die Verpflichtung, systematisch über Vorschläge von Bürgerinitiativen abzustimmen;

f. sich aktiv an der Europäischen Woche der Demokratie zu beteiligen, die jedes Jahr im Oktober stattfindet, als effektive Methode, um das Wissen der Bürger über die kommunalen und regionalen demokratischen Institutionen zu erhöhen und die Verbindung zwischen den Bevölkerungen und ihren kommunal gewählten Vertretern zu stärken;

g. Mechanismen zu etablieren, um die Bürgerpartizipation auf kommunaler und regionaler Ebene zu fördern und zu bewerten,

h. regelmäßig dem Kongress Bericht über Initiativen der Bürgerpartizipation in ihren Staaten zu erstatten.